

Zeitschrift: Der Friede : Monatsschrift für Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung
Herausgeber: Schweizerische Friedensgesellschaft
Band: - (1903)
Heft: 17-18

Artikel: Zur Abwehr und Verständigung
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-801538>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

2. Aus den unter 1—4 näher ausgeführten Bedenken erscheint es nicht Sache der Friedensfreunde offiziell Stellung zu nehmen.

Zürich, den 13. August 1903.

Der Präsident:
Dr. Häberlin.

Zur Abwehr und Verständigung.

Der „Basler Vorwärts“, der „Grütlianer“ und andere Blätter veröffentlichen einen „Aufruf des Internationalen Friedensbureaus an die schweizerischen Arbeiterorganisationen.“ Darin werden die Tit. Arbeiterorganisationen „auf die gemeinsamen Interessen“ aufmerksam gemacht, welche „die Förderer sozialer Reformen und die Anhänger der Friedens- und Schiedsgerichtsidee miteinander verbinden“. Unter Hinweis auf die Beschlüsse des in Monaco veranstalteten 11. Friedenkongresses wird den Arbeiterorganisationen ans Herz gelegt, die Friedenspropaganda solle den Völkern begreiflich machen, dass der Friede das dringendste Bedürfnis der Völker sei und dass das Elend des Proletariats grossenteils, wenn nicht ausschliesslich, der übermässigen Entwicklung des Militarismus zuzuschreiben sei. Die tätige Mithilfe der arbeitenden Klassen am Friedenswerk sei wünschenswert, weil es für dieselben in hohem Grade nutzbringend sei, der Friedensbewegung zum Siege zu verhelfen. Die heutzutage zugunsten der Arbeiter geforderten sozialen Verbesserungen hätten kein grösseres Hindernis als die stehenden Heere und die stetige Kriegsgefahr, welche die Hilfsquellen der Völker erschöpfen und Handel und Industrie lähmen. Die Mithilfe der arbeitenden Klassen sei aber auch wünschenswert, weil ein Bündnis zwischen den Arbeiterverbänden und den Friedensfreunden die Reihen der letzteren beträchtlich verstärken würde.

Hieran anknüpfend widmet die „Nationalzeitung“ vom 5. September unserer Bewegung einen Leitartikel. Sie schreibt u. a.:

„Gewiss halten auch wir dafür, dass der Oelzweig des Friedens dem Lorbeer des Krieges vorzuziehen und der letztere unfruchtbare sei. Es liegt uns ferne, den Bestrebungen für Aufrechterhaltung des Friedens und Förderung der Schiedsgerichtsidee in den Weg treten zu wollen, so lange durch dieselben nicht unsere staatliche Selbständigkeit und Unabhängigkeit gefährdet wird. Diese Voraussetzung ist aber für uns *conditio sine qua non*.“

Man würdige die Art, die Begleiterscheinungen und die Erfolge der bisherigen Friedenspropaganda und stelle die Frage: Bietet sie reale Garantien dafür, dass die Selbständigkeit und Unabhängigkeit unseres Landes durch sie nicht gefährdet wird?

Seit Jahrhunderten ist die auswärtige Politik der Schweiz diejenige eines neutralen Staates. Im Wiener Kongress ist ihre Neutralität von den Mächten anerkannt und garantiert worden. Aber die Geschichte lehrt, dass auf diese Garantie, für sich allein genommen, kein Verlass ist, sondern dass die wirkliche Garantie unserer Neutralität und unserer Selbständigkeit von unserer Fähigkeit und unserm festen Willen, sie jederzeit gegen jeden Angriff zu verteidigen, abhängt. Darum die Bewaffnung unseres Volkes, darum unsere militärische Organisation, unsere militärische Ausbildung, unsere militärischen Uebungen. Zur Verteidigung unseres vaterländischen Gebietes, unserer Unabhängigkeit, für Weib und Kind, für Haus und Herd organisieren, üben und stärken wir unsere Wehrkraft. Darin unterscheiden wir uns von den uns umgebenden mächtigen Staaten, von den in der Weltpolitik tonangebenden und massgebenden Staaten überhaupt, dass wir nicht auf Eroberung fremder Gebiete ausgehen, dass wir keine imperialistische Politik im Schilde führen, sondern ein friedliches Volk im Hochlande sind, nur auf unsere Verteidigung bedacht. Geht es an, dass man angesichts dieser Tatsachen und Verhältnisse unsere militärischen Anstrengungen und Aufwendungen auf dieselbe Stufe stellt wie diejenigen der Grossmächte, dass man sie unter dem gleichen Gesichtswinkel beurteilt und gegen sie mit denselben Mitteln, mit denselben Argumenten und Schlagwörtern zu Felde zieht wie gegen die militärischen Rüstungen der Grossstaaten?“

Im weitern zählt die „Nationalzeitung“ die Stärke der Heere der uns umgebenden Grossmächte auf und zeigt, dass die Lage der Schweiz sich im Laufe der letzten Jahrzehnte diesen Rüstungen gegenüber immer ungünstiger gestaltet habe. Dann fährt sie fort:

„Die Kriegsgefahr ist eine „stetige“, der Aufruf des Internationalen Friedensbureaus selbst sagt es. Der Eifer, mit dem Deutschland am Oberrhein in unmittelbarer Nähe unserer Grenze Befestigungen anlegt, bestätigt es.“

Ist das der geeignete Zeitpunkt, um im Schweizervolke eine Friedenspropaganda zu entfalten? Ja, wenn die Friedensliga imstande wäre, reale Garantien dafür zu geben, dass der befürchtete Krieg nicht ausbricht, dass wenigstens im Falle eines Krieges die Neutralität der Schweiz respektiert würde! Aber das kann sie nicht.“

„Auch das Haager Schiedsgericht bietet keine genügenden Garantien. Das einzige, worauf wir vertrauen müssen, das ist unser Schwert, unsere Kraft und unser fester Wille, es gegebenen Falles mit aller Energie zu führen.“

Nun hat aber — ob gewollt oder nicht, ist gleichgültig — die Friedenspropaganda bei uns eine höchst gefährliche und verderbliche Wirkung.“

Sie glaubt, dass unsere idealen Ziele zu parteipolitischen Zwecken ausgenutzt werden und führt dafür Beweise an. Ihre Befürchtungen gipfeln darin, dass die Schweiz schliesslich durch die Schwächung ihres Militarismus dahin gebracht würde, wie vor zirka 100 Jahren der Schauplatz fremder Heere zu sein. Schliesslich geht der Artikel so weit, alle, denen „die politische Selbständigkeit unseres Landes am Herzen liegt“, aufzufordern, sich zusammenzuschliessen „und einer Bewegung entgegenzutreten, die vom idealen Gesichtspunkte aus sehr schön und human sein mag, in ihren Wirkungen aber unzweifelhaft den tapferen, opferfreudigen Sinn unseres Volkes untergräbt, unser Land schwächt und geeignet ist, unsere staatliche Unabhängigkeit und unsere Freiheit aufs höchste zu gefährden.“

Diese Sprache einer unserer Bewegung bisher nicht abgeneigten Zeitung muss uns zu denken geben. Zunächst müssen wir feststellen, dass der „Schweizerische Friedensverein“, der alleinige Vertreter der Friedensbewegung in der Schweiz, bis jetzt keine Schritte unternommen hat, welche als eine Schwächung der Mittel zur Erhaltung unserer Unabhängigkeit bezeichnet zu werden verdienen. Wir haben stets darauf hingewiesen, dass der Abrüstung in irgend einem Lande die Garantie des Friedens durch Schiedsgerichtsverträge vorangehen müsse. Damit endlich die Regierungen diese Mittel ergreifen, um nachher mit der den Völkern allerdings sehr nötigen Abrüstung zu beginnen, dazu hat der letzte Kongress beschlossen, diejenigen, welche unter den Militärlasten am schwersten seufzen, aufzufordern, bei unserer Arbeit mitzuwirken und dadurch allerdings einen Druck auf die Regierungen auszuüben. In Ausführung dieses Beschlusses hat das „Internat. Friedensbureau“ seinen Aufruf an die Arbeiter aller Länder (nicht der Schweiz allein) erlassen. Der massvolle Sinn desselben ist nicht misszuverstehen. Wenn trotzdem Auswüchse vorkommen und Einzelne anstatt den Krieg zu bekämpfen unser Militärwesen angreifen, so trifft die Verantwortung dafür nicht die Friedensbewegung. Der auf allen Gebieten so fortgeschrittene Geist der Schweizer mag es mit sich bringen, dass die Erkenntnis der Wichtigkeit und Erhabenheit der Friedensidee bei uns schon mehr durchgedrungen ist als in andern Ländern, und in diesem Sinne müssen wir uns vielleicht um so mehr davor hüten, in den Fehler zu verfallen, abzurüsten, bevor die „realen Garantien“ des beständigen Friedens vorhanden sind. Aber um dies zu erreichen, ist es sicherlich nicht der richtige Weg, wenn man sich zu uns in ein Oppositionsverhältnis setzt, wie es der Artikelschreiber der „Nationalzeitung“ wünscht. Wir hielten hierfür den Masseneintritt in

unsere Vereine von gemässigten, vernünftigen Elementen, die den Frieden wollen, aber nicht auf Kosten unserer Unabhängigkeit, für viel erspriesslicher.

Der Weltfrieden wird kommen, wird verhältnismässig bald kommen. Zu dieser Ueberzeugung gelangt jeder, der die Bewegung verfolgt und die einschlägigen Fragen studiert. In unsren Nachbarländern macht die Friedensidee ebenfalls fortwährend Fortschritte, und es vergeht kein Tag, an welchem nicht irgend ein neuer Erfolg zu verzeichnen wäre. — Darum richten wir an diejenigen, welche unsere Ueberzeugung noch nicht teilen können, die Bitte: „Keine Feindschaft!“ Wir werden unsere Bürgerpflichten wie sie erfüllen, aber anderseits werden wir mit aller Kraft dem Ziele der Friedfertigung durch Schiedsgerichte zustreben. Wird uns aber Feindschaft entgegengesetzt und, wie der Artikel es fordert, ein Antifriedensverein ins Leben gerufen, so wird ein für das Vaterland erspriessliches Wirken im Sinne der Friedensidee unmöglich werden; alsdann kann auch in unsren Reihen eine Opposition gegen alles, was Militär heisst, die Oberhand gewinnen. Der Sieg wird auch dann gewiss auf unserer Seite sein, ob zum Wohl des Vaterlandes, ist eine andere Frage. Die Verantwortung fällt dann auf diejenigen, die den Sturm hervorgerufen.

G.-C.

Zum Falle Naine.

Der Redakteur der in La Chaux-de-Fonds erscheinenden „Sentinelle“, Advokat Charles Naine, ist wegen Nichteintrückens zum Militärdienste verhaftet worden. Wir teilen zunächst den zwischen Naine und den Militärbehörden stattgehabten Briefwechsel mit.

Der Brief Naines an den Waffenchef der Artillerie in Bern lautet:

„Verehrter Herr! Die militärischen Bekanntmachungen fordern mich auf, binnen weniger Tage zum Truppenzusammensetzung einzurücken. Ich teile Ihnen mit, dass ich dies nicht tun werde, und zwar aus folgenden Gründen:

„Wir sind in einer Zeit angelangt, wo die Interessen und die landläufige Moral der zivilisierten Völker der Organisation des Massenmordes, der die sämtlichen Regierungen ihre vornehmste Sorge widmen, schnurstracks widersprechen. Bloss die Interessen einiger Privilegierter zusammen mit den Vorurteilen und der Gewöhnung der Massen erhalten noch die Armeen und lassen Kriege zu.

„Was mich betrifft, der ich weder zu den Privilegierten zähle, die einen Vorteil aus der Aufrechthaltung patriotischer Vorurteile ziehen, der ich anderseits manche Ursache habe, als meinen Nächsten auch den zu betrachten, der jenseits des Rheins, des Doubs oder der Alpen wohnt, so ist es mir nicht möglich, auch nur den kleinsten Teil der Verantwortung auf mich zu nehmen an einer Einrichtung, die morgen den Tod einer unberechenbaren Menge von menschlichen Wesen herbeiführen kann und die tagtäglich fabelhafte Reichtümer verschlingt, während Millionen meinesgleichen in Armut leben.

„Ich bin bereit, alle Folgen meines Entschlusses auf mich zu nehmen; denn ich ziehe sie bei weitem denen vor, für die ich verantwortlich würde, wenn ich Ihren Befehlen gehorchte.

„Genehmigen Sie etc. Ch. Naine.“

Als Antwort erhielt am 1. September der Redakteur der „Sentinelle“ folgendes Schreiben des kantonalen neuenburgischen Militärdirektors:

„Verehrter Herr! Der Waffenchef der Artillerie stellt mir das Schreiben zu, das Sie ihm gestern zusandten und in dem Sie ihm anzeigen, Sie würden dem Ihnen durch militärische Bekanntmachung zugegangenen Befehl, an den Herbstmanövern teilzunehmen, keine Folge leisten. Ich bin beauftragt, Ihnen anzuseigen, dass Sie wegen Ausführung Ihrer Absicht durch die Polizei können festgenommen und als Refraktär nach dem Wortlaut des Militärstrafgesetzes zur Verantwortung gezogen werden, und ich lade Sie in aller Form ein, dem Marschbefehl Folge zu leisten und sich somit am Mittwoch 2. Sept. 1903, nachmittag 2 Uhr, ausgerüstet in Colombier einzufinden, um an den Übungen teilzunehmen.

„Genehmigen Sie etc.

Der Militärdirektor:
Edouard Droz.“

Aber wie bekannt, leistete Naine auch dieser Aufrichterung keine Folge. Er antwortete dem Chef des Militärdepartements was folgt:

„Gehrter Herr! Ich bin im Besitz Ihres Briefes vom 31. Aug. Mein Entschluss, den ich dem Herrn Waffenchef der Artillerie mitteilte, ist eine unausweichliche Folge meiner Tätigkeit und meiner Ueberzeugungen, und ich werde ihn nicht ändern. Ich weiss, dass ich mich dadurch polizeilichen Verhaftung und Bestrafung aussetze; denn so lange wir, die wir die Armee nicht wollen, uns in Minderheit befinden, lässt uns die Mehrheit nur zwischen zwei Dingen die Wahl: entweder die Waffen zu tragen oder die Strafe auf uns zu nehmen. Ich wähle das zweite, weil ich dadurch gleichzeitig meinem Gewissen und meiner Vernunft Genüge tun kann, während die erste Möglichkeit sie beide empört.

„Genehmigen Sie etc.

Ch. Naine.“

Wie jedes aus Ueberzeugungstreue gebrachte Opfer, so müssen wir auch diesen nach Tolstojschem Muster durchgeföhrt Fall von Militärdienstverweigerung aus Idealismus bewundern. Allein, nach Vorausschickung dieses Zugeständnisses, erklären wir ebenso offen und bestimmt, dass wir eine solche Handlungsweise als gänzlich verfehlt und nicht im Interesse unserer Sache liegend ansehen müssen. Es ist unsere erste Pflicht, der Gesamtheit, welcher wir durch Geburt und Umstände eingeköpft sind, nach deren geltendem Gesetz zu dienen. Die Verantwortlichkeit für den im Ernstfalle gegen unsren persönlichen Willen ausgeführten Mord trifft uns auch nicht persönlich, so dass diese Verantwortlichkeit nicht als Grund der Gesetzesverletzung angeführt werden kann. Was wir als Missstände in unserm engeren und weiteren Gemeinwesen erkennen, sollen wir allerdings bekämpfen. Wir sollen danach trachten, auf gesetzlichem Wege bessere Zustände zu schaffen, aber nicht durch Gesetzesübertretung ein Uebel durch das andere zu heilen suchen. Es will uns sogar scheinen, dass ein grösseres Opfer durch denjenigen gebracht werde, der, obgleich im Zivilleben eifriger und überzeugter Friedensfreund, dennoch treu und selbstlos dem Vaterlande den geforderten Dienst leistet, solange das Gesetz denselben verlangt.

Wenn nun die uns feindliche Presse diesen Fall gegen die Friedensbewegung auszubeuten trachtet, so tragen wir im Bewusstsein unserer Schuldlosigkeit hoch das Haupt; denn wir haben in unserm Organe und auch im Leben bewiesen, dass wir die Auffassung Naines nicht teilen.

G.-C.

XI. interparlamentarische Konferenz in Wien.

Am 7. September vormittag fand im Abgeordnetenhaus in Wien die Eröffnungssitzung der interparlamentarischen Konferenz statt. Der Vorsitzende Plener begrüsste alle fremden Gäste und hob sodann den Fortschritt hervor, welchen der Gedanke der internationalen Schiedsgerichte gemacht habe. Die öffentliche Meinung arbeite beständig in diesem Sinne und die jüngste gegenseitige Annäherung der englischen und französischen Parlamentarier unter dem Zeichen der Schiedsgerichte bedeute eine Verstärkung und Förderung dieser Tatsache. Wenn diese Konferenz dazu beitrage, diese Entwicklung zu beschleunigen, so werde ein gutes Werk geleistet und werde sie sich um den allgemeinen Fortschritt der Völker verdient gemacht haben.

Zum Stellvertreter Plenars im Präsidium wurde gewählt Graf Apponyi an erster Stelle, ferner Bernaert-Belgien, Hirsch-Deutschland, Orst-Norwegen, Labiche-Frankreich, Stanhope-England. Hierauf führte der Ministerpräsident Körber in einer bemerkenswerten Rede aus: Kriege, welche auf Eroberung fremder Länder